

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Leipzig.
Guben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2 00 M. Zuzü
in Post bezogen vierteljährlich 6 00 M., unter Kreuzband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6 00 M.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 201.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 7 gespaltene Nonpareilzeile 80 Pf., Familienanzeigen
70 Pf., die 5 gespaltene Nonpareilzeile 3 Pf. Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt.
Inserate sind im voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geschriebenen Tagen kann nicht angenommen werden. Für Briefübertragung 20 Pf.

Nr. 237

Dresden, Montag den 13. Oktober 1919

30. Jahrg.

An die Partei!

Genossinnen und Genossen!

Sonntag den 9. November fährt sich zum ersten Male der Tag, an dem das kaiserliche Reich zusammengebrochen ist. Mehr als vier lange Kriegsjahre hindurch hatte das deutsche Volk unerhörte Opfer an Gut und Blut gebracht, als mit dem Zusammenbruch des Heeres auch das ganze von der Obersten Heeresleitung errichtete Presselängengebäude in sich zusammenstürzte.

Als mit dem Angebot des Waffenstillstandes die hoffnungslose Lage unsers Landes aller Welt erkennbar wurde, fiel es dem deutschen Volke wie Schuppen von den Augen. Zorn erfaßte die Massen, besonders gegen den Träger des imperialistischen Systems, den Kaiser.

„Gottlichen Zeiten werde ich euch entgegenführen!“ so hatte er dem Volke großsprecherisch verkündet. Durch ein Meer von Blut hat er das Volk in das tiefste Elend geführt. Immer stürmischer wurde sein Rücktritt verlangt. Als der Kaiser sich weigerte, seinen Platz zu verlassen, zerstörte er die letzte Hoffnung auf eine friedliche Umgestaltung der politischen und sozialen Verhältnisse im Reich.

Lawinenartig war der Unwille des Volkes angewachsen. In Kiel fand die erste revolutionäre Erhebung statt, die wie eine gewaltige Feuerzunge die zündenden Funken über das ganze Reich ausstrahlte.

Als am 9. November Berlin ohne jeglichen ernsten Widerstand in die Hände der revolutionären Arbeiter und Soldaten fiel, hatte die letzte Stunde des Monarchismus und der Junkerherrschaft mit allen ihren Klassenprivilegien geschlagen. Aus dem morschen, in Not und Elend versunkenen Kaiserreich entstand die junge deutsche Republik.

„Freiheit und gleiches Recht für alle!“ das war eine Selbstverständlichkeit vom selben Tage an. Der Achtstundentag und viele andere sozialistische Forderungen wurden sofort auf Beschluß der Volksbeauftragten dekretiert. Aber Brot und Fleisch, Fett und Kohlen lassen sich nicht dekretieren — das alles muß in fleißiger Arbeit produziert und transportiert werden! Was auf diesem Gebiete gesündigt worden ist, wiegt um so schwerer, weil das junge Staatswesen, abgesperrt von aller Welt, den furchtbarsten Waffenstillstandsbedingungen unterworfen war und jetzt den schwersten Friedensbedingungen unterworfen ist.

Unsre wirtschaftlichen Zustände sind so schlimm, daß wir nur mit der größten Sorge dem Winter entgegensehen können. Zu alledem

kommen die selbstmörderischen Bruderkämpfe unter den Arbeitern sowie der offene und geheime Kampf der Reaktionäre gegen die Republik.

Wahrhaftig, ernster kann die Lage eines Staatswesens nicht sein. Und dennoch brauchen wir nicht zu verzagen! Nein, ganz im Gegenteil! Frohen Mutes wollen wir in die Zukunft blicken. Die vielen Arbeiter, die von der revolutionären Umwälzung mehr erwartet haben, als sie bringen konnten, werden zu der Einsicht kommen, daß man die Wirtschaft eines großen Landes wohl in kürzester Frist ruinieren, nicht aber sozialisiert umgestalten kann.

Die Nationalversammlung hat eine Verfassung beschlossen, die die Mehrheit des deutschen Volkes in die Lage setzt, alles durchzuführen, was vernünftigerweise durchgeführt werden kann. Die Demokratie ist gesichert für alle öffentlichen Einrichtungen und für jeden einzelnen. Damit ist der Grund gelegt für den Sozialismus, der nur auf demokratischer Grundlage errichtet werden kann. Das gilt es, den Massen zum Bewußtsein zu bringen, denen jetzt von törichtem oder gewissenlosen Quacksalbern goldene Berge versprochen werden.

Am 9. November muß die Jahresbilanz geschlossen werden. Das soll und muß ohne jede Verschönerung geschehen. Es muß geprüft werden, was zur Sicherung der Republik geschehen, was für die Demokratie und den Sozialismus erreicht worden ist und was zunächst weiter erreicht werden muß.

Genossinnen und Genossen!

Treff für den 9. November alle Vorbereitungen für feierliche und würdige Kundgebungen zugunsten der jungen Republik, der Demokratie und des Sozialismus.

Seid pflichtbewußt! Gestaltet den 9. November zu einer großen Heerschau und zu einem Werbetag der Sozialdemokratie.

Berlin, 12. Oktober 1919.

Mit Parteigruß
Der Parteivorstand.

Das baltische Rätsel

Das Gaukelspiel im Baltikum scheint sich zu einer Tragödie für Deutschland auszuwickeln. Die Note der Entente, die Foch's Unterschrift trägt, zeigt deutlich, daß die Sieger von Versailles gewillt sind, das hochverräterische Treiben der reaktionären Clique das ganze deutsche Volk entgelten zu lassen. Das Schriftstück wirft untrer Regierung vor, durch Verzögerung die Lage im Baltikum verschärft zu haben, und fährt dann fort:

Es ist schwer, nicht anzunehmen, daß diese Verzögerung beabsichtigt wurde, um die Verhältnisse herbeizuführen, die die baltische Regierung jetzt zu bewahren vorgibt. Warum wurde General v. d. Goltz, nachdem er erst vor einigen Tagen nach Berlin berufen worden war, absichtlich auf das Operationsgebiet zurückgeschickt? Offenbar, um mit Hilfe der Autorität seiner offiziellen Stellung eine Organisation durchzuführen, die die heute der deutschen Regierung gestattet, zu behaupten, daß die Truppen unzulässig geworden sind. Hat General v. d. Goltz seinen Instruktionen entgegengehandelt? Wenn das der Fall ist, warum ist dann keine Insubordination nicht bestraft worden? Sofern die Regierung auf solche Fragen nicht genügende Erklärungen als bisher liefert, können die Alliierten nicht glauben, daß die deutsche Regierung diesen Versicherungen gemäß alles getan hat, was in ihrer Macht stand, um alle deutschen Truppen aus den baltischen Staaten zurückzuführen.

Im Hinblick auf die Lage halten die Alliierten das Prinzip der vollen Verantwortung der deutschen Regierung in der Ausführung des Abkommens aufrecht und wünschen, die in ihm festgelegten Bestimmungen angefaßt zu werden. Die Regeln im bellem Umfang aufrechterhalten zu werden, wenn der Abtransport nicht endlich unternommen und mit allen notwendigen Mitteln durchgeführt wird. Zuvörderst nehmen die Alliierten den Vorschlag an, alliierte Vertreter zu entsenden, um von den Regierungen Kenntnis zu nehmen, die von ihnen aufgestellt worden sind, um die Bedingungen des Abkommens zu erfüllen. Erst wenn der Vorsitzende dieser Kommission dem Obersten Rat mitgeteilt haben wird, daß die Bestimmungen des Abkommens normal durchgeführt werden, können die durch das Telegramm vom 27. September vorgeschlagenen Maßnahmen aufgegeben werden.

Es scheint wahrhaftig notwendig, daß einmal von anderer Seite her als von dem litauischen Pressedirektor Aufklärungen über die Vorgänge im Osten zu uns gelangen. Ob deutsche Truppen an den jetzigen Kämpfen um Riga beteiligt sind, läßt sich nicht feststellen. Es heißt zwar, daß die „Eiserne Division“ dabei gewesen sei und daß der Führer, der Major Bischoff, beim Sturm seinen Tod gefunden habe. Das aber würde nur bedeuten, daß die „Eiserne Division“ nicht mehr als deutsche Truppe zu betrachten ist, sondern daß sie sich der neuen westrussischen Regierung angeschlossen hat. Dieser Regierung beigeordnet ist jetzt ein Zentralrat, der sich nach litauischen Meldungen zu einem Drittel aus Deutschen und im übrigen aus Letten zusammensetzt. Wie die Regierung zustande gekommen ist, darüber vermag man nichts, man darf aber annehmen, daß sie sich, ähnlich wie ihr Rivale, der General Sikupski in Berlin, aus eigener Machtvollkommenheit ernannt hat.

Das Kopenhagener litauische offizielle Presse-Bureau teilt mit: In der Nacht vom 10. zum 11. Oktober hat Oberst Hermann Amaloff folgenden Telegramm an den Oberkommandierenden der litauischen Armee geschickt: Die Bedrohung meiner Planken durch die Letten und Esten ist durch meine Truppen erfolgreich liquidiert worden und die Seebestellung meiner Waaren ist erreicht. Im Vergleich von Weidenau zu verhindern, schlage ich Waffenruhe und Verhandlungen in Riga vor und rufe zum gemeinsamen Kampf gegen die Bolschewisten.

Deutschland hat auf jeden Fall nichts mit dieser neuen Regierung zu schaffen. Uns interessiert im Baltikum nur die eine Frage: Wie stehen wir unsre Truppen so schnell wie möglich hinter die Reichsgrenzen zurück. Ob in den Ostprovinzen das einheimische Volkstum der Vernichtung anheimfällt, ob über die vielgeprüften Länder von neuem die Welle des Bolschewismus sich ergießt, darf uns jetzt nicht kümmern. Unsre Regierung hat einzig dafür zu sorgen, daß Moskau und weiterer Vormarsch der Ententeherren nicht von neuem Not und Tod über die Reichsdeutschen bringe.

Friede und Völkerbund

Der französische Senat hat dem Friedensvertrage mit 217 Stimmen bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Die Verträge mit England und den Vereinigten Staaten wurden einstimmig mit 218 Stimmen angenommen.

In seiner Senatsrede über den Friedensvertrag sagte Clemenceau, daß die Ausführung des Vertrags seitens Deutschlands der Proberstein sei. Damit Deutschland bezahlen könne, müsse es arbeiten dürfen. Das deutsche Volk sei intelligent, ordentlich und methodisch. Wilson wünsche, daß Deutschland bald in den Völkerbund aufgenommen werde. Die Hauptsache aber ist und bleibt dem greisen Tiger doch, daß Frankreich militärisch und wirtschaftlich die Herrschaft über Deutschland behält. Er glaubt diese Oberherrschaft durch die getroffenen Maßnahmen vollkommen gesichert durch die Allianz mit England und Amerika. Wenn Clemenceau auch einen Stein auf die deutsche Sozialdemokratie wirft und sie den Verbündeten der militärischen Partei nennt, so beweist er damit das gleiche Mißtrauen, das aus Foch's Note spricht. Offenlich klärt die beabsichtigte Kommission auch ihn darüber auf, daß die deutsche Sozialdemokratie auch heute noch wie von jeher nichts will als den wahren Frieden und die Entwaffnung aller Völker.

Der Senat beschloß, die Rede Clemenceaus durch Anschlag zu veröffentlichen.

Der Washingtoner Vertreter des Daily Chronicle meldet: Nachdem nunmehr die Gefahr der Rückverweisung des Friedensvertrags an die Friedenskonferenz beseitigt sei, bestehe kein Zweifel, daß der Friedensvertrag und der Völkerbundsvertrag bestätigt würden. Das Volk verlange diese Festigung so nachdrücklich, daß die Extremisten im Senat gezwungen seien, ihre bisherige Politik zu ändern.